

Für EU-Arbeitskommissar Nicolas Schmit birgt die Pandemie auch Lektionen für die Zukunft

„Entlohnungshierarchien sind zu überdenken“



Für EU-Kommissar Nicolas Schmit dürfen Arbeitnehmer diesmal nicht für die Kosten der Krise aufkommen müssen. Foto: Lex Kleren

POLITIK & GESELLSCHAFT

Die derzeitige Krise wird einige Denkmuster erschüttern, was nicht unbedingt schlecht ist, meint EU-Beschäftigungskommissar Nicolas Schmit (LSAP).

Insbesondere, was unseren Blick auf die Arbeitswelt angeht: „Vieles wird derzeit auf den Kopf gestellt. Das gilt vor allem für die Art und Weise, wie wir arbeiten“.

Dabei gilt es, die richtigen Lektionen aus der Krise zu ziehen. Etwa beim mittlerweile verallgemeinerten „home office“. „Von zu Hause arbeiten hat Vorteile“, meint Nicolas Schmit: „Die Menschen haben weniger Stress, was den Transport angeht – allerdings müssen Arbeitszeiten klar umrissen werden“. Es wäre demnach fahrlässig,

diese Entwicklung naiv zu „idealisieren“.

Dabei bringt die derzeitige Krise uns paradoxerweise gleichzeitig dazu, „den Wert der menschlichen Arbeit wiederzuentdecken“, so Nicolas Schmit. „Ärzte, Pflegehelfer oder das Putzpersonal in den Krankenhäuser retten uns wörtlich Tag für Tag – sie stehen in der ersten Reihe und können nicht von zu Hause aus arbeiten“. In Zukunft werde man diese Arbeitskräfte anders sehen, meint demnach der EU-Politiker.

Es sei nämlich inakzeptabel, dass ausgerechnet diese Jobs vielerorts in Europa lange ungenügend geschätzt wurden. „Nichts gegen Trader und Banker, aber Menschen, die im Dienst anderer Menschen arbeiten – also Covid-Patienten wiederbeleben oder tagtäglich dafür sorgen, dass wir in den Supermärkten Nahrungsmittel finden – , müssen mehr geschätzt werden. Sprich: besser entlohnt werden“. Zu lange habe man auf diese Jobs herabgeschaut, doch diese Krise zeigt uns, so Schmit, welchen Wert diese Arbeit für das Funktionieren der Gesellschaft hat.

Es braucht demnach einen neuen Blick auf die Entlohnungshierarchie. „Wir können nämlich nicht so machen, als habe diese Krise nie stattgefunden.“ Auf EU-Ebene bedeute dies auch, so Schmit, dass Investitionen im Sozialwesen nicht mehr als unnötige Kosten betrachtet werden könnten, die auch einfach beschnitten werden könnten. Leider sei das lange der Fall gewesen. Dabei hat die Sparpolitik der vergangenen Jahre viele negative Spuren hinterlassen: „In manchen Staaten wurden massenweise Betten in den Krankenhäusern im Namen der Rentabilität abgebaut.“

„Wir brauchen also neue Prioritäten“, sagt der EU-Kommissar aus Luxemburg. Das bedeutet etwa, Kapital künftig fairer besteuern. „Es kann nicht sein, dass die Arbeitnehmer für die Kosten dieser Krise aufkommen sollen. Demnach wird die Debatte rund um Steuergerechtigkeit weiter geführt werden müssen.“

Denn „wieder einmal“, so Schmit weiter, zeigt die Krise, dass „das neoliberale Paradigma widerlegt worden ist“: „Die Finanzkrise hat uns 2010 gezeigt, dass die Finanzmärkte sich nicht von alleine regulieren und nun sehen wir, dass der Staat – anders als in der neoliberalen Lehre – massiv investieren und Menschen beschützen

muss. Ansonsten würde jetzt alles zusammenbrechen. Es braucht demnach einen neuen Sozialvertrag für unsere Gesellschaften, in dem die Arbeit ihren Wert wiedergewinnt.“ *dv*

Fortsetzung auf Seite 4